



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 12.11.2009.

■ Nachdem der Oberbürgermeister versicherte, dass es keine Sonderbehandlung der Ratsmitglieder bei der Impfung gegen die Schweinegrippe geben würde, verzichtete die Linksfraktion darauf, einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag zu stellen.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur **Finanzlage der Stadt** erläuterte die Verwaltung, dass die aktuelle Steuerschätzung gegenüber Mai mit weiteren Rückgängen bei der Gewerbesteuer um 4 % für 2009 bez. 1,8 % in 2010 rechnet. Der tatsächliche Verlauf bei der Gewerbesteuer für 2009 bestätigt diesen Trend nicht, zur Zeit liegen die Veranlagungen auf dem Niveau der Mai-Schätzung (741 Mio Euro), sodass zur Zeit kein Anlass besteht den Haushaltsentwurf 2010 zu ändern. Bei der Einkommensteuer sehen die neuesten Schätzungen positiver aus als im Mai. In 2009 wird sich der Verlust um 3 Mio reduzieren, in 2010 soll der Rückgang statt 9,7 % nur 7,9 % betragen.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur **Präsentation der Deutschen-Touren-Meisterschaft** führte die Verwaltung aus, dass es keine konkreten Pläne der Sportagentur für eine Ausrichtung in 2010 gibt. In den nächsten Wochen soll allerdings ein Fazit mit dem Veranstalter gezogen und ein Orientierungsgespräch geführt werden. Der Oberbürgermeister ergänzte, dass eine Veranstaltung auf der Königsallee nicht mehr in Frage kommt.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Linksfraktion zur **Senkung des Finanzierungsanteils des Bundes an den Kosten der Unterkunft für ALG II- Beziehende** führte die Verwaltung aus, dass dies in Düsseldorf eine Absenkung der Quote von 25,4 auf 23 % bedeutet. Es wird mit einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften von 33.163 auf 37.275 und der betroffenen Personen von 61.130 auf 68.465 gerechnet. Die Verwaltung schätzt die Unterkunftskosten auf 185 Mio Euro. Die Kürzung der Bundesbeteiligung um 2,4 % macht einen Minderertrag von 4,4 Mio Euro aus.

Anlässlich einer Anfrage der Linksfraktion zur **NSDAP-, SS- und SA-Vergangenheit bei früheren Ratsmitgliedern von FDP und CDU** erläuterte die Verwaltung zunächst, dass zwischen März und Juni 1946 deutsche Entnazifizierungsausschüsse eingesetzt waren. Mitarbeiter der Stadt wurden ab 1945 systematisch überprüft und die Ergebnisse in den Personalakten dokumentiert. Es kam zu Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst aus politischen Gründen. Der erste Rat wurde durch die Alliierten eingesetzt und bestand aus politisch unbelasteten Personen. Nach 1945 erfolgten keine Erfassungen, hier müsste auf das Hauptstaatsarchiv zurückgegriffen werden. Sollten entsprechende Recherchen durchgeführt werden, müssten finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Aufgrund einer Anfrage des Ratsherrn Laubenburg zu **Informationslücken auf der städtischen Internetseite** führte die Verwaltung aus, dass der Beteiligungsbericht 2007 bis Ende des Jahres in das Internet eingestellt wird. Grundlage sind die Anforderungen an die Barrierefreiheit. Der Haushaltsplanentwurf kann seit 2009 nicht barrierefrei bereitgestellt werden. Sobald eine neue Finanzsoftware angeschafft wird, soll dies auch Grundlage der Ausschreibung werden.

■ **Anträge der Fraktionen**

Die SPD zog ihren Antrag, die **Stadtsparkasse** aufzufordern, auch nach dem aktuellen Urteil des Bundesgerichtshofes weiterhin keine Kredite ihrer Kunden an Dritte weiter zu verkaufen und diese Entscheidung auch entsprechend schnell zu publizieren, zurück, nachdem die Sparkasse der Verwaltung dargelegt hat, dass bei privaten Immobilienfinanzierungen Forderungsabtretungen ausgeschlossen werden. Bei gewerblichen Krediten ist die Möglichkeit des Forderungsverkaufs grundsätzlich in den Darlehensverträgen enthalten, diese Klausel kann aber auf Kundenwunsch gestrichen werden.

Die SPD hatte beantragt, die Verwaltung mit der Erarbeitung einer **Fernwärmesatzung** für die Innenstadt sowie Nahwärmevorranggebiete in den Stadtteilen, die über dezentrale Nahwärmenetze versorgt werden, zu beauftragen. Die Verwaltung stellte dar, dass zur Zeit eine Wärmebedarfsanalyse erarbeitet wird, die Grundlage für künftige Planungen von Fernwärmenetzen oder Blockheizkraftwerken sein soll. Daraufhin beantragte BÜ 90 zu beschließen, dass die Nutzung der Fernwärme beim nächsten Energiefachgespräch dem Rat vorgestellt wird. Die SPD zog ihren ursprünglichen Antrag zurück und ließ über den Antrag von BÜ 90 abstimmen, der mit den Stimmen von CDU und FDP (Enthaltung 1 CDU-Mitglied) abgelehnt wurde.

■ **Verwaltungsvorlagen**

Da die Zuständigkeiten des bisherigen Ausschusses für regionale und europäische Zusammenarbeit sowie Integration auf den Ausschuss für Gesundheit und Soziales (Integration) und den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften (regionale und europäische Zusammenarbeit) übergehen, wurde die **Zuständigkeitsordnung** entsprechend angepasst. Einstimmig wurde auf Antrag der SPD beschlossen, dass diese Zuständigkeitsverlagerung nur bis zur Konstituierung des neu zu wählenden Integrationsausschusses gilt.

■ Personalien

Der Rat bestellte Mitglieder des Jugendrates (einstimmig) sowie fraktionslose Ratsmitglieder als beratende Mitglieder in Ausschüsse (Enthaltung SPD, BÜ 90, Linksfraktion, FDP).

Da in der Sitzung am 26.10. die Besetzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Mehrzahl mit Bürgermitgliedern erfolgte, musste nun durch die FDP eine Umbesetzung erfolgen.

Es wurden weitere Aufsichtsräte besetzt. Hier die Vertreter der SPD

Aufsichtsrat der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH & Co.KG: Gerd Blatz

Aufsichtsrat der Düsseldorfer Innovations- und Wissenschaftsagentur GmbH: Ioannis Vatalis

Verwaltungsrat der Stadtparkasse: Markus Raub und Gudrun Hock; zum Vorsitzenden wurde einstimmig Oberbürgermeister Elbers gewählt, zum 1. Stellvertreter wurde Bürgermeister Conzen, zur 2. Stellvertreterin Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann mit den Stimmen von CDU, FDP, FW gewählt.

Der Gesellschafterversammlung der IDR wurde empfohlen, Gudrun Hock in den Aufsichtsrat der Messe Düsseldorf zu wählen.

Aufsichtsrat der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Düsseldorf mbH: Burkhard Albes

Aufsichtsrat der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH: Cornelia Mohrs und Frank Spielmann

Düsseldorfer Gesundheitskonferenz: Rajiv Strauss

Vorstand der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft: Cornelia Mohrs

Kuratorium der ZERO Foundation: Cornelia Mohrs

Kuratorium der Volkshochschule: Prof. Dr. Rudolf Voller

In der Verbandsversammlung der ITK Rheinland wurde eine Umbesetzung des Vertreters der Linksfraktion vorgenommen.

Der Rat wählte einstimmig Hans Ulrich Schul zur **Schiedsperson** im Schiedsbezirk Heerdt/Lörick.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm einstimmig den Beitritt der Stadt in den Verein „**Freundes- und Förderkreis der Haifa-Foundation e.V.**“ zustimmend zur Kenntnis, nachdem die seit 1985 bestehende Haifa-Foundation Deutschland 2008 im Vereinsregister gelöscht wurde.

Der Rat nahm einen Bericht über die Prüfung seines im Februar beschlossenen Antrages, der **Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus** beizutreten und ein Konzept zur Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplanes vorzulegen, zur Kenntnis und überwies die Beratungsunterlage in den neu zu wählenden Integrationsausschuss.

Der Rat beschloss einstimmig eine Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über eine allgemeine Aufhebung der **Sperrzeit** für Schank und Speisewirtschaften in der Altstadt. Hierdurch entfällt die „Putzstunde“ in der Altstadt.

Der Rat genehmigte gegen Linksfraktion einen Dringlichkeitsentscheidung, durch die der Daimler AG 2,4 Mio Euro für die Errichtung einer **Kindertageseinrichtung am Lemgoer Weg** und dem Deutschen Roten Kreuz als Betreiber ein Zuschuss für die Inneneinrichtung sowie das Außengelände in Höhe von 0,3 Mio gewährt wird. Auf dem städtischen Grundstück werden 24 Betriebsplätze und 61 öffentliche Plätze für die umliegende Wohnbebauung errichtet. 40 Plätze sind für Kinder unter 3 Jahre, 45 Plätze für Kinder von 3 bis 6 Jahre. Daimler beteiligt sich mit rd. 0,47 Mio an den Kosten der Kindertagesstätte.

■ Baurecht

Der Rat beschloss

- den **Bebauungsplan Gartenstadt Reitzenstein (Mörsenbroich)**. Das 23 ha große Plangebiet wurde bis 2006 durch die Bundeswehr genutzt. Lediglich drei kleine Gebäude dienen noch als Zentrum für Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr. Künftig wird das Gelände als Wohngebiet (zum Teil reines Wohngebiet, zum Teil allgemeines Wohngebiet) ausgewiesen. Eine Teilfläche wird als Mischgebiet festgesetzt und soll der Ansiedlung eines Einzelhandelsbetriebes zur Nahversorgung dienen. Auf großen Grundstücken im Norden des Geländes sollen zweigeschossige Einzelhäuser mit Villencharakter entstehen. An den Quartiersplätzen sind viergeschossige Wohnzeilen geplant. Im Bereich der ehemaligen Mannschaftsgebäude sind Geschosswohnungen, eine Kindertagesstätte und eine Jugendeinrichtung sowie Büronutzungen möglich. Hier werden die Bauhöhen der bestehenden Mannschaftsunterkünfte aufgenommen. An der Lenastraße sind drei bis fünf geschossige Bauten möglich (gegen Linksfraktion, Enthaltung 2 SPD).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.